

K. Hilpert

Ludwig-Maximilians-Universität, München, BRD

Forschung und öffentliches Vertrauen

Das Beispiel der humanen embryonalen Stammzellforschung

Die jüngste Debatte über die Änderung der Stichtagsregelung des Stammzellgesetzes von 2002 hat in Deutschland ein Ausmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit und einen Grad an Aufregung erreicht, der sich aus den unterschiedlichen Einschätzungen naturwissenschaftlicher Detailfragen und den kontroversen ethischen Positionen allein nicht erklären lässt. Bilanziert man die monatelangen Auseinandersetzungen nüchtern, muss man feststellen, dass – vom Anlass der Debatte und seiner Bestreitung abgesehen – kaum Argumente aufgetaucht sind, die neu sind gegenüber denen, die schon im Vorfeld der vom Bundestag beschlossenen Kompromissregelung von 2002 geäußert worden waren. Je länger die Diskussion andauert, desto stärker drängt sich der Eindruck auf, dass die Forschung mit embryonalen Stammzellen vom Menschen (hES-Zellen) nicht nur ein Fokus der öffentlichen Diskussion über biomedizinische Probleme ist (also neben Schwangerschaftskonflikt, vorgeburtlicher Diagnostik, Gentherapie, assistierter Reproduktion, Organersatz, Sterben in Würde u. a. m.), sondern Chiffre und Symbol für die moralische Problematik der modernen Biomedizin im Gesamten. Es scheint – ob zu Recht oder zu Unrecht, sei einmal dahingestellt – um mehr zu gehen als um den Stichtag und die Gründe, die für und gegen seine Verschiebung, Erhaltung oder Aufhebung vorgebracht werden. Nur das erklärt die Heftigkeit, mit

der gestritten, angegriffen, Widerspruch geäußert, Bekenntnisse abgelegt und gewagte Vergleiche gezogen wurden.

Besteht dieses Mehr einfach nur in Stimmungen und Befindlichkeiten, die einem sozialpsychologischen Gesetz der Eskalierungsdynamik folgen? Oder geht es dabei in Wirklichkeit nicht (auch zumindest) um die Vertrauenswürdigkeit einer relativ neuen Forschungsrichtung und um die Praktiken, wie die Öffentlichkeit sichergehen kann, dass diese Forschung ein Vertrauen verdient, das sie sich auf den gewohnten Wegen – unmittelbare Wahrnehmung, nachschlagbares Standardwissen oder indirekt das stets auf Gesetze bezogene Amtshandeln staatlicher Akteure – nicht beschaffen kann.

Es hängt wohl vor allem mit dem Mikroformat, mit der Neuheit und der rasanten Entwicklungsgeschwindigkeit zusammen, dass nach anderen Bereichen der Gesellschaft zunehmend auch Bereiche der Forschung in Vertrauenskonfliktzonen geraten. Und das umso mehr, wenn diese Forschungen den Menschen selbst und die Vorgänge des Lebens betreffen, die ihr bisher entzogen waren. Und erst recht, wenn auch nur die leiseste Vermutung vorhanden ist, mit den Ergebnissen solcher Forschung ließe sich eines Tages auch Geld verdienen.

Die Rolle des Vertrauens – privat und öffentlich

Vertrauen ist ein unverzichtbares Element aller sozialen Beziehungen. Das gilt zuerst für Beziehungen zwischen Personen. Bei jedem Handeln, sogar dem ganz trivialen und routinemäßigen im Alltag, müssen wir uns darauf verlassen und setzen es voraus. Wie wir aus der Entwicklungspsychologie spätestens seit Erik Erikson wissen, bleibt das in der frühen Interaktion mit der Mutter erworbene Vertrauen können lebenslang von grundlegender Bedeutung für das gesamte Sozial-, Welt- und Selbstverhalten eines Menschen. Ohne Vorschuss an Vertrauen könnten sich Erwachsene weder auf eine auf Dauer angelegte Partnerschaft noch sehenden Auges auf das Wagnis einlassen, Kinder ins Leben zu rufen und sie über Jahre hinweg zu begleiten, bis sie ihrerseits selbstbestimmt ihr eigenes Leben führen können. Die alltäglichen Abläufe in einer Gesellschaft funktionieren nur, weil und soweit sich alle Teilnehmer darauf verlassen können, dass Milch, Brot und Gemüse, das sie einkaufen und zu sich nehmen, nicht vergiftet sind; dass die Ärzte, die die Patienten dank Anästhesie vor Schmerzen bewahren wollen, nicht ein tödliches Gift spritzen; dass der Taxifahrer, der den Auftrag bekommt, den Fahrgast vom Flughafen zu einem bestimmten Institut zu bringen, ihn nicht zu Mafiosi transportiert; dass die Spende für ein soziales Anliegen in einem

anderen Land auch bei denen ankommt, für die sie gegeben wurde ... Das Vertrauen geschieht im Normalfall ohne viel Überlegung. Zum Gegenstand ausdrücklicher Überlegung wird es meist erst dann, wenn Fälle bekannt werden, in denen dieses Vertrauen missbraucht wurde oder wenn ein Erpresser durch Drohungen das „normale“ Vertrauen untergräbt.

Vertrauen spielt aber nicht nur in Beziehungen und im Verkehr zwischen Personen eine fundamentale Rolle. Es war vor allem Niklas Luhmann, der darauf aufmerksam gemacht hat, dass es auch so etwas gibt wie Systemvertrauen [1]. Dieses reicht vom Vertrauen in das Funktionieren der Technik (man denke an die Benutzung eines Aufzugs oder die Verlässlichkeit der Bremsen beim Auto) bis zum Vertrauen darauf, dass die Institutionen des demokratischen Staates (Durchführung von Wahlen, Verfolgung von Straftaten, Kontrolle der Regierung usw.) verlässlich funktionieren. Auch diese Art von Vertrauen machen wir an Personen fest, aber an Personen als Amtsträger (gewählter Abgeordneter, Richter, Polizeibeamter usw.) und nicht nur, sondern auch an festgelegten und bewährten Kompetenzzuweisungen, an Verfahrensregeln und an Balancemechanismen (prinzipielle Möglichkeit eines Wechsels, Opposition, freie Presse). Wie wichtig Vertrauen in und gegenüber ganzen Systemen ist, deren Akteure wir überhaupt nicht kennen, mit denen wir es aber als Konsument oder Klient zu tun haben, wird an den Krisen deutlich, die einzelne Banken oder sogar eine ganze Branche z. B. mit Krediten erleben, sobald sich herausstellt, dass die zugrunde gelegten Annahmen nicht glaubhaft sind. Vertrauen ist eine prekäre Währung, die schnell „verspielt“ werden kann. Durch Fehlverhalten einzelner Personen etwa, die ein System repräsentieren, oder durch Nichtübereinstimmung zwischen Ankündigungen und eintretenden Tatsachen, schließlich auch durch Inkonsistenzen oder Widersprüche in programmatischen Äußerungen zu verschiedenen Zeitpunkten. Solcherart verspieltes Vertrauen zurückzugewinnen braucht in aller Regel ein Vielfaches der Zeit, innerhalb derer es verloren ging.

Voraussetzungen von Systemvertrauen sind:

- Verstehen können (das setzt seinerseits richtige Information voraus),
- festliegende und überschaubare Rahmenbedingungen,
- Einhaltung der Bestimmungen der Rechtsordnung,
- Verträglichkeit mit den moralischen Normen, die in einer Gesellschaft gelten,
- Menschenfreundlichkeit (als Sammelbegriff für die Vor- und Nachteile, die die Einzelnen als Bürger, Konsumenten, Anwohner, Verkehrsteilnehmer, Patienten usw. jeweils für sich realisieren können).

Forschung – auch eine Sache des Vertrauens?

Systemvertrauen der eben beschriebenen Art kann sich ähnlich wie auf die Politik, die Strafverfolgung, das Ausbildungssystem, den Sport usw. auch auf die Forschung als geplantes und organisiertes, arbeitsteiliges Bemühen um neues Wissen samt der Institutionen und Instrumente, aber auch der hoch qualifizierten Personen, die sie betreiben, beziehen. Das ist keineswegs nur eine Frage des Ermessens oder der zusätzlichen Regulation, die Forschung in einer Gesellschaft genießt. Vielmehr ist die Forschung auf solches Systemvertrauen vonseiten der Öffentlichkeit angewiesen, schon allein deshalb, weil nur dann die Bereitschaft besteht, ihr die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Aber nicht nur aus diesem vergleichsweise vordergründigen Interesse der Forschung selbst, sondern auch weil heute mehr denn je die Entwicklungsfähigkeit des gesellschaftlichen Prozesses und die Bewältigung von Krisen und Problemen, die dabei auftreten können, vom Wissens- und Forschungspotenzial in einer Gesellschaft abhängen. Dieses lässt sich nicht kurzfristig bereitstellen, sondern kann nur in langfristigen und kontinuierlichen Anstrengungen aufgebaut werden.

Dabei sind dem System Forschung zunehmend bestimmte Eigenheiten immanent, die die Gewährung von Vertrauen zwangsläufig erschweren. Der Sachverstand, neu entstandenes Wissen in seiner Komplexität erfassen zu können, fehlt großen Teilen der Bevölkerung, und auch die Mehrheit der hoch gebildeten, aber

fachfremden „Laien“ vermag das entsprechende Wissen nicht ohne Weiteres nachzuvollziehen, geschweige denn zu kontrollieren. Wissen, das ein Verständnis der Forschungsprozesse überhaupt erst möglich macht, ist heute vielfach bereits Spezialwissen. Auch die Relevanz von Forschungsergebnissen ist nur in seltenen Fällen von außen einschätzbar. Was aber zu komplex ist, um durchschaut zu werden, löst Unsicherheiten aus.

Ein anderer forschungsimmanenter Faktor, der Vertrauen vonseiten der Öffentlichkeit erschwert, ist der Umstand, dass eigentlich immer nur Ausschnitte der Wirklichkeit überschaubar sind; und selbst diese werden ständig mit neuen Erkenntnissen und unterschiedlichen Sichtweisen konfrontiert. Dies hat seine Ursache darin, dass die Forschung in der fortgeschrittenen Moderne in sämtlichen Bereichen – in den Naturwissenschaften und in der Medizin aber ganz besonders – stark spezialisiert ist. Das macht es nicht einfacher, im interdisziplinären Dialog nach verantwortbaren Lösungen für gesellschaftliche Probleme und verbindliche Regelungen zu suchen. Auch die Nichtfachleute nehmen diese ständige Wissensvermehrung und Multiperspektivität wahr, etwa dann, wenn sie sich als Patienten wegen eines einzigen Krankheitsbildes von verschiedenen Spezialisten untersuchen lassen müssen oder ratlos darüber sind, welchen der vielen angebotenen Therapiewege sie denn nun wählen sollen.

Ein weiterer vertrauenserschwerender Umstand liegt darin begründet, dass der naturwissenschaftlichen Forschung von ihrem Selbstverständnis und ihren Standards her jeder Wertebezug fremd ist und methodisch ausgefiltert werden muss. Das schließt weder aus, dass solcher Forschung ein Ethos des Erkennenwollens und der methodischen Konzentration zugrunde liegt, noch dass der einzelne Forscher für alle Schritte, die er geht, Verantwortung trägt. So wenig wie es dagegen spricht, dass es eine wertorientierte Forschungssteuerung geben kann und muss. Auch sind nicht wenige Forschungen in einem weiten Sinn heilungsbezogen, also letztlich am Ziel besserer Hilfe für Menschen orientiert. Allerdings handelt es sich dabei um ein Fernziel, dem sich der

Forschungsprozess unter Umständen erst über eine Vielzahl von Teilschritten annähert und in dessen Verlauf häufig Hindernisse überwunden und Umwege gegangen werden müssen, sodass der Bezug zum Fernziel für Außenstehende häufig allgemein, diffus oder rein theoretisch wirkt.

Ein vierter Faktor, mit dem die Vertrauenswürdigkeit der Forschung ständig zu ringen hat, ist schließlich die Tatsache, dass im Selbstverständnis der Wissenschaft Misstrauen selbst ein integrales Element der Gewinnung und Absicherung neuen Wissens darstellt. Die wissenschaftstheoretische Verpflichtung zu Kritik und Selbstkritik, die sich heute auch zu einem eigenen Bereich der Forschung ausdifferenziert hat (Risikoforschung, Technologiefolgenabschätzung), wird von außen häufig als Widerspruch der wissenschaftlichen Meinungen und als Mangel an Verlässlichkeit wahrgenommen.

Vertrauenseinbußen und Instrumente der Vertrauenssicherung

Wenn also Wissenschaft und Forschung in immer stärkerem Maß auf die Gewährung öffentlichen Vertrauens angewiesen sind, lohnt es sich, der Frage nachzugehen, ob der Streit um die Forschung mit humanen ES-Zellen möglicherweise auch deshalb so heftig ist, weil es zwischen benötigtem und vorhandenem öffentlichen Vertrauen eine Diskrepanz gibt.

Man kann hier, bevor man die Aufmerksamkeit auf externe Vertrauens„zehler“ richtet, zunächst einmal selbstkritisch zwei interne Störfaktoren erkennen. Der eine ist der hohe Erwartungsdruck, der im Vorfeld des Stammzellgesetzes von 2002 aufgebaut wurde. „Nervenzellen für Parkinsonpatienten, Herzmuskulatur für Infarktoper, insulinbildende Zellen für Diabetiker und blutbildende Zellen für Leukämiekranken“ [2] – Derartiges war in allen Zeitungen zu lesen. Diese hohen Erwartungen wurden vor allem durch euphorische Stimmen aus den USA, die über die Medien auch hierzulande bekannt wurden, noch gesteigert, da diese auch Zeiträume nannten (2, 5 oder höchstens 10 Jahre). Solche konkreten kurzfristigen Ankündigungen, die von soliden Fachvertretern heute im Allgemeinen nicht mehr

gemacht werden, wurden in der breiten Öffentlichkeit nicht nur als hochfliegende Träume einer neuen Epoche medizinischer Möglichkeiten aufgenommen, sondern teilweise auch benutzt, um manche moralischen Bedenken beiseite zu schieben. Nicht wenige der betroffenen Kranken fassten solche Ankündigungen auch als Versprechungen für sich selbst auf. Das Ausbleiben der schnellen Erfolge fällt nun nach nur wenigen Jahren auf diese Forschungsrichtung zurück und wird im polemischen Streit als Beleg für ihre Entbehrlichkeit benutzt [3].

Vertrauensschädigend wirkten sich vor allem einzelne Fälle von Betrug aus wie der Hwang-Skandal. Hwang Woo Suk, ein südkoreanischer Forscher und angesehener Spezialist auf seinem Gebiet, hatte im Jahr 2004 berichtet, dass seinem Team das sogenannte therapeutische Klonen beim Menschen gelungen sei. Aus durch Klonen erzeugten menschlichen Blastozysten ließen sich demnach Stammzellen für die Gewebezüchtung gewinnen. Aus dieser weltweit aufsehenerregenden Erfolgsmeldung wurde schrittweise ein beschämender Skandal, an dessen Ende Hwang seine Ämter aufgeben musste. Zunächst hatte er eingestehen müssen, dass die große Zahl der zum Klonen erforderlichen Eizellen teils von Mitarbeiterinnen und teils von Frauen stammten, die dafür Geld erhalten hatten. Dies stellte eine Überschreitung ethischer Grenzen dar und führte zum Vorwurf eines auswärtigen Kooperationspartners, belogen worden zu sein. Im Jahr 2006 kam ein Untersuchungsausschuss der Universität Seoul zu dem Ergebnis, dass Daten in den als bahnbrechend beurteilten Forschungen vorsätzlich manipuliert und die in „Science“ veröffentlichten Forschungsergebnisse vorsätzlich gefälscht worden waren. Damit waren der Forscher öffentlich als Betrüger entlarvt und das hochgeschätzte Journal und seine Gutachter blamiert. Der Fall wurde sehr schnell in die Nähe anderer dubioser Aktivitäten gerückt, beispielsweise der Praktiken von Eizellspenden in Rumänien für IVF-Kliniken in Westeuropa oder in den USA, die mit Stammzellforschung nichts zu tun haben. Derartige Verallgemeinerungen mit vertrauensminderndem Effekt sind ein sozialpsychologisches Phänomen, das sich

auch in anderen Bereichen beobachten lässt [4].

Der Fall Hwang kann aber auch als Beleg für die internen Mechanismen dienen, über die Wissenschaft und Forschung verfügen, um Betrug dieser Art zu vermeiden bzw. aufzudecken und dafür zu sorgen, dass Nachahmungsversuche unterbleiben. Denn es waren diese Mechanismen interner wissenschaftlicher Kontrolle, die den ganzen Umfang des Betruges ans Tageslicht gebracht haben. Bestandteile einer solchen institutionalisierten Vertrauenssicherung, die in aller Regel gut funktionieren, sind die Begutachtungsverfahren, die bei der Beantragung von Mitteln durchlaufen werden müssen und die bei vielen Experimenten auch die Prüfung durch eine Ethikkommission umfassen, sowie die Veröffentlichung der Ergebnisse in Fachpublikationen, die ihrerseits eine Prüfung durch Fachkollegen voraussetzt. Hinzu kommt das Erfordernis der Wiederholbarkeit von Experimenten durch andere Forscher und – im Falle therapeutischer Anwendungen – das Erfordernis klinischer Studien.

In demokratischen Ländern ist auch die grundrechtlich garantierte Pressefreiheit ein wichtiges Instrument der Vertrauenssicherung, weil erst sie es ermöglicht, die Forschung wenigstens exemplarisch aus der Abgeschlossenheit der Labors „herauszuholen“, um sie einem größeren Publikum verständlich zu machen.

Schließlich sollte im Fall des deutschen Stammzellgesetzes nicht unbeachtet bleiben, dass der Gesetzgeber mit der Zentralen Ethik-Kommission für Stammzellforschung (ZES) ein Instrument aus unabhängigen Experten geschaffen hat, das in seinem Auftrag jedes einzelne Forschungsprojekt mit hES-Zellen dahingehend prüft, ob Konformität mit den gesetzlichen Vorgaben besteht, um so die Vertrauenswürdigkeit der Stammzellforschung auch im Einzelfall sicherzustellen.

Strategien des Misstrauens

Während die Proklamation übertriebener und deshalb irgendwann in Enttäuschung umschlagender Heilungsversprechen sowie der Fälschungsfall Hwang gleichsam „hausgemachte“ Ursachen für einen Ver-

trauensverlust sind, bestehen in der öffentlichen Diskussion auch externe Möglichkeiten, die geeignet sind, das öffentliche Vertrauen in die Stammzellforschung zu untergraben.

Eine dieser Möglichkeiten, Argwohn zu erzeugen, ist die Mobilisierung von Ängsten. Ängste gegenüber neuen Techniken und ihren Folgen sind etwas sehr Verständliches, und sie haben sozialpsychologisch eine wichtige Warnfunktion gegenüber Leichtfertigkeit und blinder Begeisterung. Aber sie können auch wider besseres Wissen gepflegt und benutzt werden. Es sind im Zusammenhang mit der Forschung an hES-Zellen viele Ängste geäußert, aber auch geschürt worden, etwa die vor grenzenloser Forschung, vor dem hemmungslosen Zugriff auf Embryonen und ungeborene Kinder, vor der Erzeugung menschlicher Embryonen für die Forschung, vor der Behandlung von Embryonen als Ware und in diesem Zusammenhang vor dem massenhaften Handel mit Embryonen. Es sei nicht in Abrede gestellt, dass es weltweit immer wieder zu derartigen Fällen von Missbrauch kommt. Allerdings sollte der Widerspruch gegen eine Gesetzesänderung nicht mit der Möglichkeit von Missbräuchen begründet werden, die nach geltender Gesetzeslage bereits verboten sind.

Eine andere Flanke, durch die häufiger und durchaus mit argumentativem Aufwand Misstrauen entsteht, ist die Behauptung, die Ermöglichung bestimmter Forschungen würde einen Dammsbrucheffect („slippery slope“) bewirken. So wurde etwa im Beitrag eines renommierten Medizinhistorikers für eine große deutsche Tageszeitung unter der Überschrift „Auf der schiefen Stammzellbahn“ eine „Revolution der Biopolitik“ prognostiziert, wenn der 2002 festgelegte Stichtag verschoben werde [5]. Eine Verschiebung würde die Aussicht auf weitere Verschiebungen schaffen, diese aber ausländischen Exporteuren von Stammzelllinien die Sicherheit geben, dass die von ihnen jetzt gewonnenen Zellen später aus Deutschland angefordert würden. Zudem würde dies zur Forderung der Erlaubnis zur Herstellung solcher Linien auch in Deutschland führen, die die Aufhebung der Strafbarkeit der Herstellung von Embryonen zu einem anderen Zweck als der Fort-

Bundesgesundheitsbl - Gesundheitsforsch - Gesundheitsschutz 2008 · 51:980–984
DOI 10.1007/s00103-008-0625-3
© Springer Medizin Verlag 2008

K. Hilpert

Forschung und öffentliches Vertrauen. Das Beispiel der humanen embryonalen Stammzellforschung

Zusammenfassung

Ausgangspunkt der Überlegungen ist die heftige öffentliche Debatte über die Forschung mit embryonalen Stammzellen vom Menschen in Deutschland sowohl im Vorfeld der Verabschiedung des Gesetzes von 2002 als auch im Kontext der im April 2008 vom Bundestag beschlossenen Novellierung. Die These ist, dass die Vorbehalte gegen die Stammzellforschung eine wesentliche Ursache im fehlenden Vertrauen eines erheblichen Teils der Öffentlichkeit gegenüber der noch jungen, hoch komplexen und stark expandierenden biomedizinischen Forschung insgesamt haben. Nach der Klärung der Rolle, die Ver-

trauen als soziale Währung nicht nur in interpersonellen Beziehungen, sondern auch in den Teilsystemen der modernen Gesellschaft spielt, wird nach den wissenschaftsimmanenten und den externen Faktoren gefragt, die Vertrauen verhindern oder schwächen. Im letzten Teil werden Wege aufgezeigt, wie die Kluft zwischen benötigtem und vorhandenem öffentlichem Vertrauen verringert werden kann.

Schlüsselwörter

Vertrauen · Öffentlichkeit · Stammzellforschung · Kontrolle · Dammsbruchargument

Research and public confidence. The example of human stem cell research

Abstract

The starting point of the following reflections is the intense public debate about stem cell research among people in Germany; it took place before the law about stem cell research was passed in 2002 as well as in April 2008 when the German Parliament (= Bundestag) passed an amendment of the above mentioned law. The following article explains that one of the reasons why a large portion of the public still has reservations against stem cell research in general lies in the fact that there exists almost no confidence towards a still young, expanding and highly complex biomedical research. After explaining the part that confidence plays in the context of

social and personal relations in all respects as well as in certain sections of modern society, the main question is which scientific intrinsic and external facts lead to a loss of confidence or to its reduction. The last part of the article discusses different ways of how the gap can be reduced between the level of confidence that is currently granted by the public and a possible increase of confidence that is essential for bio-medical research in general.

Keywords

Confidence · public · stem cell research · slippery slope arguing · control

pflanzung (und damit der Aufhebung wesentlicher Bestimmungen des ESchG) mit sich bringen würde. Um die Voraussetzungen für die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl an Embryonen für die Gewinnung von Stammzellen zu schaffen, würde es zudem zur Aufhebung der Begrenzung der zur Befruchtung zugelassenen Zahl von Eizellen bei der IFV kommen; auch stehe eine Aufhebung des Verbots der Präimplantationsdiagnostik zu befürchten.

Tatsächlich lässt sich Dammbuch-Argumenten nur schwer widersprechen. Gleichwohl bleiben sie stets nur ein metaphorisches Gedankenexperiment und sind nie eine empirische Diagnose. Ihr schwacher Punkt ist die unterstellte Zwangsläufigkeit von Entwicklung. In Wirklichkeit besteht zu jedem Zeitpunkt der Entwicklung die Möglichkeit, erkannten Gefahren durch Verbote entgegenzutreten und die Entwicklung in eine andere, für besser befundene Richtung zu lenken.

Schließlich gibt es immer wieder den Versuch, die Forschung an humanen ES-Zellen in die Nähe der in den Nürnberger Prozessen verurteilten Menschenversuche in den Konzentrationslagern der Nazis zu stellen. Die Wirkung dieser Vergleiche resultiert einerseits aus der Evidenz des verbrecherischen Charakters der verurteilten Taten, andererseits aber auch daraus, dass der, der diesem Vergleich widerspricht, schnell in das denkerische Umfeld derer gerät, die die entsprechenden Untaten rechtfertigten. Obschon der Vergleich sachlich jeder Berechtigung entbehrt, muss er in der Öffentlichkeit nicht zwangsläufig ohne Wirkung und Eindruck bleiben. Dass das so ist, ist ein Teil der Last der Vergangenheit und insofern ein spezifisch deutsches Problem.

Was Forschung und Forscher von der Öffentlichkeit erwarten dürfen

Es ist in erster Linie Aufgabe der Forschung selbst, sich darum zu bemühen, seitens der Öffentlichkeit jenes Maß an Vertrauen zu erhalten, das für eine erfolgreiche Arbeit notwendig ist. Die Bringschuld der Forschung besteht dabei nicht nur in der Güte ihrer Resultate, sondern

umfasst auch die selbstverständliche Treue zu den Gesetzen, die Praxis selbstkritischer Überprüfung, die Stärkung der persönlichen Verantwortlichkeit der Forschenden sowie die Bereitschaft zur Kommunikation mit der Öffentlichkeit. Gerade unter den Bedingungen zunehmender Komplexität und wachsender Spezialisierung ist eine Kultur der Transparenz das Gebot der Stunde.

Umgekehrt darf die Forschung aber auch von der Öffentlichkeit erwarten, was man mit „Fairness“ chiffrieren könnte: Die Öffentlichkeit, d. h., die Akteure, die auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss nehmen (Parteien, Medien, Kirchen), müssen sich dort, wo gestritten und über die Rahmenbedingungen der Forschung entschieden werden muss, um einen möglichst guten Kenntnisstand bemühen. Die Öffentlichkeit muss, wo immer sie Gefahren erkennt, vor denen sie geschützt sein will, verhältnismäßige Instrumente wählen. Und sie muss der Versuchung widerstehen, Ziele zu unterstellen, für die eigentlich niemand eintritt.

Es kann gut sein, dass der Streit um die Stammzellforschung auch ein Konflikt zwischen Hoffnungsskeptikern und „Systemvertrauern“ ist. Die Gegenwart ist eine Phase, in der anders als in den 1960er- bis 1980er-Jahren das Neue als solches wenig Kredit hat. Das muss nicht schon ein Nachteil sein. Aber man sollte auch nicht in den Fehler verfallen, gegen jedes Fortschreiten im Bereich des Wissens vom Menschen und gegen neue Möglichkeiten zu intervenieren, d. h. es als Anschlag auf das Wertebewusstsein und die überkommenen normativen Standards zu klassifizieren. Die „Heuristik der Furcht“, die Hans Jonas vor Jahren mit Blick auf die Probleme der technologischen Zivilisation empfohlen hat, ja für überlebenswichtig hielt [6], ist nicht identisch mit einer Hermeneutik des Verdachts, die immer nur mit dem Schlechtestmöglichen rechnet. Die Bevorzugung von Untergangs- und Verfallsszenarios verträgt sich übrigens auch schlecht mit dem Geist der grundsätzlichen Affirmation, der vom Schöpfungsbekenntnis des Christentums trotz allen Wissens um Endlichkeit und Versagen ausstrahlt.

Korrespondierender Autor

Professor Dr. Konrad Hilpert

Ludwig-Maximilians-Universität München
Katholisch-Theologische Fakultät
Lehrstuhl für Moralthologie
Geschwister-Scholl-Platz 1
80539 München, BRD
E-Mail:
moralthologie@kaththeol.uni-muenchen.de

Literatur

1. Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 1968, 60ff. Zur Theorie sozialen Vertrauens s. auch Anthony Giddens, Konsequenzen der Moderne, Frankfurt a. M. 1995 (orig.: Oxford 1990); Martin Hartmann/Claus Offe (Hrsg.) Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts, Frankfurt/New York 2001; Jan Ph. Reemtsma, Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne, Hamburg 2008; Michael Fischer/Jan Kaplow (Hrsg.) Vertrauen im Ungewissen. Leben in offenen Horizonten, Münster 2008
2. FAZ vom 18. August 2000
3. S. etwa die Begründung des Vorschlags, die Stammzellforschung mit hES-Zellen ganz zu verbieten, Drucksache 16/7983 vom 6.2.2008
4. Bentele G (1994) Öffentliches Vertrauen – normative und soziale Grundlage für Public Relations. In: Armbrrecht W, Zabel U (Hrsg) Normative Aspekte der Public Relations. Grundlegende Fragen und Perspektiven. Eine Einführung. Westdeutscher Verlag, Opladen, S 131–158, hier: 147
5. FAZ vom 8. April 2008
6. Jonas H (1979) Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Suhrkamp, Frankfurt a. M., S 392, vgl. 390–393